

# Der Nato-Drahtzieher im Hintergrund

Wie Botschafter Catrina den Neutralitätsbruch der Armee durch die Instanzen schmuggelt

Von Beni Gafner, Bern

Er ist Chef Sicherheitspolitik im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und verfolgt das Ziel einer Nato-eingebundenen Schweizer Armee beharrlich und erfolgreich. Internationalist Christian Catrina diente bereits unter SVP-Bundesrat Adolf Ogi und unter dessen Nachfolger, Bundesrat Samuel Schmid (BDP). Anschliessend machte er sich auch unter SVP-Verteidigungsminister Ueli Maurer unentbehrlich. Dieser beförderte den ehemaligen Fouriergehilfen und Fachoffizier als Chef Sicherheitspolitik zum stellvertretenden Generalsekretär.



Christian Catrina.

Den bisher letzten Mosaikstein im Bild einer Schweizer Armee, die letztlich allein noch im US-geführten Nato-Verbund funktionieren soll, setzte Catrina exakt in der Übergangsphase vom alten zum neuen Departementschef VBS, von Ueli Maurer zu Guy Parmelin (SVP). Als eines seiner ersten Geschäfte schob Botschafter Catrina das «Übungsprogramm 2016 für die militärische Ausbildungszusammenarbeit» unter dem Radar von Bundesrat und Öffentlichkeit durch. Das Traktandum passierte den Bundesrat am 17. Februar denn auch gänzlich unbeachtet, diskussions- und damit problemlos.

In einer belanglos erscheinenden Medienmitteilung, die an jenem Mittwoch in einer grossen Menge anderer Bundesratsmitteilungen unterging, wurde der neuste flagrante Neutralitätsbruch zwar offiziell mitgeteilt. Er

war aber so getarnt, dass er als solcher auf Anhieb nicht erkennbar war, jedenfalls nicht für arglose Leser. «Weitere bilaterale und multilaterale Übungen» der Armee seien ausserhalb der Partnerschaft für den Frieden (PfP) nötig, hiess es in der Mitteilung. Diese «Zusammenarbeit» sei nötig, sie fördere den Wissens- und Erfahrungsaustausch und verschaffe «unserer Armee Vergleichsmöglichkeiten zur Überprüfung eigener Einsatzverfahren». Unerwähnt blieb dabei, dass es im Militärischen zwar Unterstellung und strenge Hierarchie gibt, keineswegs aber «Zusammenarbeit» unter Gleichgesinnten wie etwa in Yoga-Kursen. Ebenso unerwähnt blieb die für einen bewaffnet neutralen Kleinstaat wie die Schweiz problematische einseitige Parteinahme in Nato-Verbundübungen, die dazu geeignet ist, das Misstrauen unter Nicht-Nato-Mitgliedern gegenüber der neutralen Schweiz zu wecken, allen voran Russland und China.

## Übung für den Lizenzerhalt

Unter mehreren nichtssagenden Übungsnamen gegen Ende der erwähnten Mitteilung, einem «Umschulungskurs für PC-21-Piloten», «Winter- und Gebirgskursen» sowie einer Übung zur «Unterstützung ziviler Behörden» tauchte auch der Übungsname «Jawtex» auf. Dieser konnte vom Leser aber mit keinem Nato-Land in Verbindung gebracht werden. Erst zum Schluss der Mitteilung wurden nämlich einige Länder aufgezählt, in denen «Übungen mit Schweizer Teilnahme» durchgeführt werden sollen: Litauen, Deutschland, Österreich, Spanien, USA, Schweiz.

Auf Nachfrage schreibt das VBS, wann die fragliche Nato-Übung Jawtex (über Ostdeutschland) stattfinden soll (vom 8. bis am 24. Juni 2016) und wes-



Medieninteresse am Manöver gegen Russland. Ein Kampffjet steigt anlässlich der Übung Jawtex 14 über dem Osten Deutschlands in den Himmel. Foto Keystone

halb man dorthin drei Helikopter «Super Puma» mit 22 Mann Besatzung schicken will: «Im Bereich Lufttransport dient die Übung für die Piloten als Training für den Lizenzerhalt der höchsten Ausbildungsstufe «Issys», dem integrierten Selbstschutzsystem.

## Parmelin soll Teilnahme verbieten

Jawtex 16 sei als «umfangreiche multinationale Volltruppenübung konzipiert», schreibt das VBS. Grund für die Teilnahme sei, «dass anspruchsvolle Teile dieser Ausbildung in der Schweiz so praktisch nicht möglich sind».

Die erste Ausgabe der Übung Jawtex stiess im Jahr 2014 auf breite internationale Beachtung, weil die deutsche Bundeswehr zusammen mit zwölf Nato-Staaten erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges wieder mit Tausenden Sol-

daten am Boden, in der Luft und zur See den Krieg gegen ein militärisch erstarktes Russland trainierte. Schon damals beteiligte sich die Schweizer Armee mit drei Helikoptern an der Übung, was heftige Kritik in breiten Kreisen von SVP und Grünen hervorrief.

SVP-Nationalrat Lukas Reimann, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) war gestern auf Anfrage die Brisanz klar: «Jawtex 16 ist ein Kriegsmanöver, mit dem die Nato Stärke gegenüber Russland demonstrieren will.» Wollte die Schweiz als neutrales Land glaubwürdig bleiben, sei «völlig klar, dass sie an dieser Übung nicht teilnehmen darf». Reimann hofft nun, dass sich Guy Parmelin «mit seiner Neutralitätspolitik einwandfreien Haltung durchsetzt und die Übungsteilnahme unterbindet».

## Nachrichten

### Ja zur Initiative für Ernährungssicherheit

Bern. Der Nationalrat hat sich für die Volksinitiative «für Ernährungssicherheit» des Bauernverbandes ausgesprochen. Er empfiehlt sie mit 91 zu 83 Stimmen bei 19 Enthaltungen zur Annahme. Damit stellte er sich gegen die Anträge seiner Kommission und des Bundesrats. Die Mehrheit kam gestern durch die Stimmen von CVP, BDP und einer SVP-Mehrheit zustande sowie durch die Enthaltung der Grünen. SDA

### Gelockerte Vorschriften für Hotelbauten

Bern. Der Ständerat will die Vorschriften für den Umbau von Hotels ausserhalb der Bauzone lockern. Er hat eine Motion seiner Raumplanungskommission (Urek) angenommen. Der Tourismus stehe vor grossen Herausforderungen, sagte Martin Schmid (FDP, GR) im Namen der Kommission. Nach Ansicht der Urek verhindern die geltenden Vorschriften aber eine massvolle touristische Entwicklung. SDA

### Swisscom im Visier der kleinen Kammer

Bern. Die Werbeallianz von Swisscom, SRG und Ringier hat im Ständerat eine Debatte über die «Expansionspolitik» der Swisscom ausgelöst. Alex Kuprecht (SVP, SZ) forderte, der Bundesrat müsse prüfen, ob die Swisscom beliebig in neue Geschäftsfelder vordringen solle. Der Ständerat nahm das Postulat nicht an, überwies es jedoch an die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen zur Vorprüfung. SDA

### Waldgesetz spaltet National- und Ständerat

Bern. Das neue Waldgesetz sorgt im National- und Ständerat für Differenzen. Zankapfel sind die Fördermassnahmen für die hiesige Holzbranche, die der Nationalrat verankern möchte. Der Ständerat lehnte diese auch bei der dritten Beratung ab: Kein einziger Ständerat stimmte für die Absatzförderung für Schweizer Holz. Der Ständerat will lediglich den Absatz von nachhaltig produziertem Holz fördern. SDA

### Kein Verfahren wegen Hakenkreuz-Plakat

Zürich. Das Hakenkreuz-Plakat, das in den Bahnhöfen Zürich und Genf für ein Nein zur Durchsetzungs-Initiative warb, hat voraussichtlich kein juristisches Nachspiel. Die Zürcher Staatsanwaltschaft hat entschieden, kein Verfahren wegen Verstosses gegen das Wappenschutzgesetz zu eröffnen. Der Urheber des Hakenkreuz-Plakates, der Werber Parvez Sheik Fareed, muss somit nicht mit einem Strafverfahren rechnen. SDA

### Baubeginn für neuen Bözberg-Bahntunnel

Schinznach-Dorf. In Schinznach-Dorf haben gestern die Arbeiten für den Bau des neuen Bözberg-Bahntunnels begonnen. Die 350 Millionen Franken teure Doppelspurtrasse ist das Kernstück des 4-Meter-Korridors der Gottthard-Achse. Dafür hatte das Parlament 710 Millionen Franken gesprochen. SDA

## Der Wolf darf nicht gejagt werden

Motion im Ständerat nach emotionaler Debatte abgelehnt

Bern. Der Wolf darf in der Schweiz auch in Zukunft nicht gejagt werden. Der Ständerat hat gestern einen Vorschlag des ehemaligen Walliser CVP-Ständerats René Imoberdorf abgelehnt. Die Motion und eine entsprechende Ständes-Initiative des Kantons Wallis sind damit vom Tisch. Der Entscheid fiel nach einer emotionalen Debatte.

Hätten National- und Ständerat zugestimmt, wäre der Schutz aufgehoben worden. Die Schweiz hätte die Berner Konvention kündigen müssen, den völkerrechtlichen Vertrag über den Artenschutz. Für die Gegner kam es nur schon deswegen nicht infrage, den Wolf zur Jagd freizugeben.

Eine solche Konvention zu kündigen, sei etwas Schwerwiegendes, sagte Robert Cramer (Grüne, GE). Die regelmässigen Wolfsdebatten bezeichnete er als «unverhältnismässig und unsinnig». Jedes Jahr würden 200 Schafe von Wölfen gerissen. Gleichzeitig würden Tausende von Schafen sterben, weil sie verunfallten oder erkrankten. Jene, die vorgäben, sich für die Schafe einzusetzen, sollten anderswo ansetzen.

Das Parlament hatte erst vor Kurzem einer Lockerung des Wolfsschutzes



«Unsinnige Debatten». Erst kürzlich wurde der Wolfsschutz gelockert. Foto Key

zugestimmt. Jungwölfe eines Rudels dürfen demnach unter gewissen Voraussetzungen geschossen werden – namentlich dann, wenn sich die Tiere regelmässig in der Nähe von Siedlungen aufhalten. Der Bundesrat will im Sommer eine Revision des Jagdgesetzes vorgehen, wie Doris Leuthard sagte. SDA

## Ständerat verwirft Atomausstiegs-Initiative

AWK sollen nach 45 Jahren nicht vom Netz gehen

Bern. Die Schweizer Atomkraftwerke sollen nicht nach 45 Jahren vom Netz gehen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat beschlossen, die Atomausstiegs-Initiative der Grünen zur Ablehnung zu empfehlen. Die kleine Kammer sprach sich gestern mit 30 zu zwölf Stimmen bei einer Enthaltung gegen das Volksbegehren aus. Die Initianten verlangen, dass alle AKW spätestens nach 45 Betriebsjahren stillgelegt werden. Beznau I müsste ein Jahr nach Annahme der Initiative vom Netz gehen.

Im Ständerat verwiesen die Gegner auf die Energiestrategie 2050 und das erste Massnahmenpaket dazu. Dieses sehe einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie vor. So bestehe ausreichend Zeit, den Atomstrom zu ersetzen. Auch finanzielle Risiken wurden geltend gemacht: Müssten die AKW wegen neuer Regeln vorzeitig vom Netz gehen, drohten Entschädigungsforderungen der Betreiber. Die Befürworter der Initiative argumentierten, diese würde Sicherheit bringen für die Bevölkerung

und für die AKW-Betreiber. Letztere könnten so ihre Planung für die Ausserbetriebnahme an einem präzisen Datum ausrichten.

### «Völlig verpasste Chance»

Kritisiert wurde vonseiten der Gegner, dass das Parlament im Rahmen der Energiestrategie keine Laufzeitbegrenzung beschlossen hat. Pascale Bruderer (SP, AG) sprach von einer «völlig verpassten Chance». Sie unterstütze deshalb nun die Initiative. Robert Cramer (Grüne, GE) erinnerte an Fukushima vor fünf Jahren und an Tschernobyl vor 30 Jahren. Es gelte daraus die Lehren zu ziehen. Die Gefahr nehme mit steigendem Alter der AKW zu.

Als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative soll das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 dienen, das noch in der parlamentarischen Beratung ist. Darin ist verankert, dass keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Wann die heutigen AKW vom Netz gehen, bleibt aber offen. SDA

ANZEIGE

diga  
möbel

# Hausmesse

## 2016

Fr. 11. / Sa. 12. März

Entdecken Sie die neue Frühjahrs-Collection!  
Wir garantieren Schreinerqualität, Messe-Preise  
sowie gratis Lieferung und Montage!

1023 Crissier/VD	8854 Galgenen/SZ*
8953 Dietikon/ZH	4614 Hägendorf/SO
8600 Dübendorf/ZH	3421 Lyssach/BE
6032 Emmen/LU	4133 Pratteln/BL
1763 Granges-Paccot/FR	9532 Rickenbach b. Wil/TG

I d' d'iga muesch higa!

\*So. 13. März offen 11.00 – 16.00 Uhr



12% + 5%  
Messe-Rabatt

www.diga.ch